

Gipfel für globale Solidarität

Podium 8: Kooperation statt Konfrontation – Wie kann gemeinsame Sicherheit als Paradigma künftiger Politik durchgesetzt werden.

Hamburg, Kampnagel 6. Juli 2017

Ich bedanke mich für die Einladung, auf diesem Gipfel für globale Solidarität sprechen zu können und begrüße alle, besonders aber Ann Wright auf diesem Podium. Wir trafen uns zum ersten Mal vor genau sieben Jahren an Bord der Mavi Marmara, die seinerzeit versuchte, mit der Free Gaza Flotilla die völkerrechtswidrige Blockade des Gaza-Streifens zu durchbrechen - leider vergeblich. Ann, willkommen in Hamburg.

Wer die Berichterstattung über diese G20-große Oper verfolgt, muss annehmen, dass es hier nur um Ökonomie und Ökologie geht, um Investitionen, Handel, Klimaschutz und natürlich um Schutz vor Flüchtlingen. Doch vergessen wir nicht, im Kapitalismus geht es auf jeden Fall auch um Krieg. So wie der französische Sozialist Jean Jaures bereits 1914 sagte: „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.“

Blicken wir nur nach Syrien. Dort wütet nicht etwa nur ein Bürgerkrieg, wie es immer wieder behauptet wird. Dort haben wir wie im ganzen Mittleren Osten, von Afghanistan über Irak bis Türkei, Syrien und Palästina, Krieg mit der Beteiligung der meisten NATO-Staaten und jetzt auch Russlands. Dort geht es nicht um Religion oder den Streit zwischen Ethnien, auch nicht um Demokratie und Rechtsstaat. Es geht ganz einfach um Ressourcen, Öl, Gas, um Märkte, Investitionen, Handel und Rendite, die Interessen der ausländischen Mächte.

Seit 1999, seit dem Überfall der NATO auf Jugoslawien, befinden sich die NATO und Deutschland in einer Spirale des Krieges. Doch sie begann schon früher, in Afghanistan, als vor 38 Jahren Washington entschied, die Mujaheddin gegen Russland zu bewaffnen und zu finanzieren. Und noch heute sind 15 000 Soldaten und Söldner in Afghanistan, um die eigene Präsenz und eigenen Interessen vor China und Russland zu schützen. Der Preis ist die völlige Zerstörung der staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen dieses Landes – wie in Irak, Libyen und Syrien, den anderen Staaten der NATO-Intervention.

Worüber aber kaum einer spricht: alle diese Interventionen, ihre katastrophalen Auswirkungen, sind völkerrechtswidrig. Es ist eine der großen Errungenschaften der UNO von 1945, nicht nur den Krieg, sondern jede militärische Gewalt verboten zu haben (Art. 2 Zif. 4 UNO-Charta). Und darüber hinaus auch jede Androhung von Gewalt, was wir schon ganz vergessen haben angesichts der ständigen Gewaltdrohungen gegen Iran und Nordkorea. Nur zur Selbstverteidigung (Art. 51 UN-Charta) und im Falle eines Mandats des Sicherheitsrats (Art. 39, 42 UN-Charta) sind militärische Einsätze noch erlaubt.

Aber seit dem Sündenfall 1999, als Deutschland zum ersten Mal nach dem 2. Weltkrieg wieder Militär im Ausland einsetzte und völkerrechtswidrig ohne UNO-Mandat aber mit massiven Lügen und Fälschungen Jugoslawien überfiel, bemühen sich die Staaten verstärkt, neue Rechtfertigungen für ihre imperialistischen Abenteuer zu konstruieren: in Jugoslawien die „humanitäre Intervention“, in Libyen die „responsibility to protect“ und jetzt in Syrien die Scheinlegitimation zur militärischen Intervention, wenn der Staat „unwillig oder unfähig“ ist, die Terrorquelle (IS) selbst zu bekämpfen. Das alles sind höchst zweifelhafte Rechtfertigungen von Kriegsverbrechen außerhalb der UN-Charta

und des Völkerrechts. Ob es um die Bombardierung Jugoslawiens, den Überfall auf Bagdad 2003, die Zerstörung Libyens oder kürzlich den Tomahawk-Angriff auf Sheichoun in Syrien geht, das sind alles Kriegsverbrechen, die vor den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag gehören. In dem arroganten Gefühl, nicht mehr strafrechtlich belangt zu werden, hat der damalige Bundeskanzler Schröder erst kürzlich zynisch eingeräumt, dass der Angriff auf Jugoslawien völkerrechtswidrig gewesen sei.

Wer die USA kritisiert, darf zu Russland nicht schweigen – den Lieblingsfeind von NATO und Medien. Seien wir nüchtern: in den letzten 40 Jahren haben Sowjetunion und Russland je eine Intervention in ein fremdes Land unternommen, die USA das Zehnfache. 1978/79 in Afghanistan, das war völkerrechtswidrig. Die Truppen haben das Land wieder verlassen. Im März 2014 war die Sezession der Krim durch das Referendum wie seinerzeit die Sezession des Kosovo ebenfalls mit dem Völkerrecht nicht zu vereinbaren. Die Aufnahme der Krim in die Russische Föderation auf Wunsch der Mehrheit der Bevölkerung war jedoch keine Annexion, sie lag im Graubereich des Völkerrechts. Und übersehen wir nicht, dass allein Russland und Iran eine völkerrechtliche Legitimation durch die Bitten der legalen und immer noch von der UNO anerkannten Regierung in Damaskus haben, in Syrien militärisch gegen den IS und andere Rebellen einzugreifen. Diese Legitimation fehlt den USA und ihren zahlreichen Verbündeten völlig.

Bleibt die Frage, wie wir aus diesem Zirkel von Gewalt, Krieg, Lügen und Kriegsverbrechen herauskommen. Die UNO hat in ihrer Charta allen Staaten die absolute Verpflichtung auferlegt, jeglichen Streit mit friedlichen Mitteln zu lösen (Art. 2 Ziff. 3 UN-Charta). Erst wenn diese Bemühungen ergebnislos geblieben sind, kann der UN-Sicherheitsrat – und nur er – militärische Zwangsmaßnahmen beschließen. Die Charta sieht sogar den Einsatz eigener Truppen unter UNO-Oberbefehl vor (Art. 43 UN-Charta), doch bis jetzt hat kein Staat sich bereit erklärt, eigene Truppen dem Sicherheitsrat zu unterstellen. Die Misserfolge der UNO-Friedenstruppen machen auch skeptisch, ob Militär überhaupt zur Friedensstiftung geeignet ist. Im Kongo begann die UNO 1999 mit 500 Inspektoren, heute agieren dort 18 000 Soldaten mit einem Kampfmandat, ohne dass in diesem reichen Land Frieden in Sicht ist. Sein Reichtum an Gold, Coltan und seltenen Metallen ist sein Fluch, die Quelle des Krieges. Erst wenn sich dieser Fluch in einen Segen für das Land verwandeln lässt, wird Frieden möglich werden. Wir sehen nun den gleichen Fluch über Mali, dessen Reichtum an Gold und Uran in der Nachbarschaft die alte Kolonialmacht wieder ins Land zieht und mit ihr die Truppen der Bundeswehr und der EU. Schon jetzt ist die Katastrophe absehbar.

Es gibt nur zwei Auswege: Abrüstung und Dialog. Aber auch hier gibt es Licht und Schatten. Ein positives Beispiel sind die jetzt gleichzeitig in New York stattfindenden Verhandlungen über einen Atomwaffenverbotsvertrag, über den uns Arielle Denis berichtet hat. Zwar verweigern die Atommächte ihre Teilnahme und sitzen jetzt hier in Hamburg unter schwerer Bewachung und auch die NATO-Staaten haben dem Druck Obamas nachgegeben und bleiben bis auf die Niederlande den Verhandlungen fern. Sie missachten ganz offen die Verpflichtung zu „Verhandlungen in redlicher Absicht“, die ihnen der Internationale Gerichtshof in Den Haag 1996 in seinem Gutachten über die Illegalität von Atomwaffen aufgegeben hatte. Dennoch sind die Versammlung von über 130 von 193 UN-Staaten und der Abschluss eines derartigen Verbotsvertrages mit 122 Stimmen ein spektakulärer Erfolg, der die Atommächte weiter unter Druck setzen wird.

Ein negatives Beispiel sind hingegen die seit 50 Jahren immer wieder gescheiterten Verhandlungen über die Beendigung der israelischen Besatzung Palästinas und die Lösung dieses Konfliktes, denn auch hier sind die einzigen Staaten, die den Schlüssel zur Lösung in der Hand haben, die USA und die EU-Staaten, nicht Willens, die Tür zu öffnen.

Was bleibt, wenn die Regierungen und die politische Klasse versagen? Es ist nun unsere Aufgabe, nicht nachzulassen mit unserer Kritik, unseren Vorschlägen, dem Protest, den Demonstrationen und der Verweigerung – wie während dieser Tage in Hamburg.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.